

Standpunkte Wolfsburg

Meldungen und Meinungen der SPD-Fraktion Wolfsburg

Mai 2019

Editorial

Liebe Genossinnen und Genossen,

„Kann ich mir in Zukunft noch meine Miete leisten oder wird sie für mich unerschwinglich?“ Diese bange Frage stellen sich seit ein paar Jahren viele Menschen, die zur Miete wohnen. Infolge der Wohnungsknappheit sind die Mieten in vielen Ballungszentren und Großstädten zum Teil rasant angestiegen; „bezahlbare Mieten“ ist ein zentrales Thema unserer Zeit. Auch auf Wolfsburg bezogen kursieren Meldungen, wonach die Mieten in Wolfsburg mit am meisten in Deutschland angezogen hätten und die durchschnittliche Miete inzwischen bei 10 Euro und mehr liegen soll. Diese Behauptungen stimmen nicht!



Die Stadtverwaltung untersucht regelmäßig den Mietpreismarkt in Wolfsburg; die jüngste Mietmarktanalyse wurde im Februar 2019 veröffentlicht. Danach lagen zum Stichtag 31.12.2017 90 Prozent der Mietpreise unter 7 Euro/qm. Dazu muss man wissen, dass die drei großen Wohnungsbaugesellschaften Neuland, VWI und Allertal 60 Prozent der Mietwohnungen innehaben, und die sorgen für ein stabiles Niveau ohne große „Ausreißer“ nach oben. So lagen die Neuvermietungen dieser drei Gesellschaften bei durchschnittlich 6,83 Euro. Bei den (überwiegend) privaten Vermietern sieht das anders aus. Dort überwiegen die höherpreisigen Wohnungen. Und nur die tauchen in den Statistiken der Internetportale auf und verfälschen darum die tatsächliche Situation in Wolfsburg.

Was aber stimmt: Der Wohnungsmarkt ist weiterhin sehr angespannt, es gibt kaum Leerstand und darum ist es für Wohnungssuchende schwer, preiswerte Wohnungen zu finden. Dagegen gibt es nur das Mittel „bauen, bauen, bauen“. Mit der von Oberbürgermeister Klaus Mohrs und der SPD-Fraktion 2012 angeschobenen Wohnungsbauoffensive liegen wir darum goldrichtig. Übrigens: 25 Prozent der Wohnungen in den größeren Neubaugebieten werden Sozialwohnungen – auch das wurde auf SPD-Initiative beschlossen.

Weil das Thema „bezahlbare Mieten“ die Menschen sehr beunruhigt, wollen wir als SPD die Bevölkerung gezielt über die tatsächliche Situation informieren – bei Infoständen, mit Veranstaltungen, in Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern. Ich möchte Euch alle bitten, uns hierbei zu unterstützen. Wir haben in einem Flugblatt die wichtigsten aktuellen Zahlen und Fakten zusammengestellt. Die Übersicht findet Ihr in diesem Newsletter (S. 3).

Herzliche Grüße



Fraktionsvorsitzender

Das gab's im Rat

Ratsnotizen vom 22. Mai 2019

Ratsanfrage zum Planungsstand einer neuen Autobahnabfahrt Mörse. Seit mit dem Umbau des Mörser Knotens und der kreuzungsfreien Anbindung der Braunschweiger Straße auf die A 39 die Abfahrt nach Mörse/Hattorf aus Richtung Norden nicht mehr möglich ist, belastet der Verkehr auf der A 39 vor allem die Mörser Bürger, berichtet Bürgermeister Ingolf Viereck (SPD). Von der Verwaltung möchte er daher wissen, ob es für die Planungen des Brückenneubaus über die A 39/Braunschweiger Straße und eine Abfahrtsstelle Mörse/Hattorf bereits einen konkreten Zeitplan oder eine verbindliche Prioritätensetzung gibt. Nach Auskunft der Verwaltung ist allerdings Geduld gefragt: Das Landesstraßenbauamt beginne gerade mit vorbereitenden Arbeiten, unter anderem werden Verkehrszählungen durchgeführt. Erst dann kann die eigentliche Planung beginnen.

Iris Bothe als Stadträtin für Jugend, Bildung und Integration bestätigt. Auf Vorschlag von Oberbürgermeister Klaus Mohrs wird Iris Bothe als Jugend-, Bildungs- und Integrationsdezernentin wiedergewählt. Iris Bothe ist seit 1993 bei der Stadtverwaltung Wolfsburg beschäftigt. Ihre zweite Amtszeit als Stadträtin geht vom 1. April 2020 bis zum 31. März 2021.

Fortsetzung auf S. 2

„Iris Bothe hat sich in der vergangenen Amtszeit hervorragend bewährt und durch ihre Arbeit Anerkennung und Wertschätzung erworben.“ Darum wolle er die erfolgreiche Zusammenarbeit mit ihr fortsetzen, so die Begründung des Oberbürgermeisters in der Vorlage.

Wolfsburg bewirbt sich Smart-Cities-Modellstadt. Um für ihre Digitalisierungspläne Fördermittel zu bekommen, hat sich die Stadt für ein Bundesförderprogramm für Smart-Cities-Modellprojekte beworben. Im Grunde gehe es darum, finanzielle Unterstützung des Bundes zu generieren für Projekte, die die Kommune ohnehin angehen müsse, berichtet SPD-Ratsherr Sabah Enversen. „750 Millionen Euro sind in dem Fördertopf, daran muss Wolfsburg ordentlich partizipieren“, so Enversen. Der Rat gab seine einhellige Zustimmung zu der Bewerbung.

Grünes Licht für Sanierung des Parkhauses am CongressPark. Für 1,2 Millionen Euro soll in diesem Jahr die Auffahrtsspinde im Parkhaus saniert werden. Die Planungen für weitere notwendige Arbeiten in den nächsten Jahren nächsten Jahre werden unterdessen angeschoben. SPD-Fraktionschef Hans-Georg Bachmann schlägt vor, die Fassade mit einer Photovoltaik-Anlage zu versehen. „Das wäre sinnvoll und in Zeiten der Fridays for Future auch gut zu vermitteln.“ Der Rat stimmt der Vorlage einstimmig zu; ebenso der Brandschutzertüchtigung der Leonardo-da-Vinci-Schule für knapp eine Million Euro.

Rat beschließt den Kauf einer Blitzeranlage für St.-Annen-Knoten.

Der hochmoderne Ampelblitzer erfasst nicht nur überhöhte Geschwindigkeit, sondern registriert auch Rotsünder an der Kreuzung. Kostenpunkt: 225.000 Euro. „Trotz der hohen Kosten ist die SPD-Fraktion für die Anschaffung“, sagt SPD-Ratsherr Ralf Mühlisch. „Dieses Geld ist gut angelegt, denn es erhöht die Sicherheit an diesem Unfallschwerpunkt.“ Trotz einer längeren kontrovers geführte Diskussion beschließt mit nur wenigen Gegenstimmen die Anschaffung des Ampelblitzers.



Einstimmigkeit bei den meisten Beschlüssen. Viele unstrittige Ratsvorlagen passieren die Ratssitzung ohne größere Diskussion und werden ohne Gegenstimmen bestätigt. Dazu zählen der Bebauungsplan für das Gewerbegebiet Hafenstraße, die Altstadterhaltungssatzung Fallersleben sowie das Strukturkonzept für die Siedlungsflächen in Wolfsburg. Hier soll eine Fläche von 1130 Hektar für zukünftige Wohn- und Gewerbegebiete vorgehalten werden.

SPD startet Initiative „100 Prozent Klimaschutz bis 2050“

WOLFSBURG: „Bis 2050 soll die Stadt Wolfsburg ihren Teil dazu beitragen, dass sich die Klimabilanz nicht weiter verschlechtert“, erklärt der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Georg Bachmann. Um dieses Ziel zu erreichen, hat die SPD - in Anlehnung an den „Masterplan 100 Prozent Klimaschutz“ des Regionalverbandes Braunschweig - ein Klimaschutzprogramm und die Einrichtung einer Stelle „Klimaschutzmanager/in“ für Wolfsburg beantragt.



Bachmann: „Die Friday-for-future-Bewegung hat es geschafft, das Thema Klimakrise in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken. Mittlerweile hat sich fast überall die Erkenntnis durchgesetzt, dass viel mehr für den Klimaschutz getan werden muss, um für die zukünftigen Generationen eine lebenswerte Welt zu erhalten.“ Alle Bereiche aus Politik und Gesellschaft müssten ihre Kräfte bündeln, um entschlossen die Anstrengungen für Klimaschutz zu erhöhen.

In Wolfsburg gibt es seit 2009 ein CO2-Minderungskonzept, das bis zum Jahr 2020 läuft. „Was danach kommt, ist bisher noch offen“, so Bachmann. „Aber für uns als SPD steht fest, dass wir die Zielmarken deutlich erhöhen müssen.“ So sollen die Treibhausemissionen bis 2050 um 95 Prozent und der Energieverbrauch um 50 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 gesenkt werden.

Das sei nur zu schaffen, indem eine Stelle eingerichtet wird, die sich ausschließlich um Klimamanagement kümmert, sind die Sozialdemokraten überzeugt. Der Klimaschutzmanager soll im ersten Schritt ein Klimaschutzprogramm für Wolfsburg mit konkreten kurz- und mittelfristigen Maßnahmen erarbeiten. „Ein Schwerpunkt sollte auf dem Ausbau von Photovoltaik-Anlagen (z.B. auf Dächern der Schulen und Kindergärten) liegen, denn das ist die effizienteste Maßnahme“, findet Bachmann.

Die Kosten sollen mithilfe von Bundesmitteln aufgebracht werden, schlägt die SPD vor. „Das Bundesumweltministerium bezuschusst kommunales Engagement für Klimaschutz bis zu 65 Prozent. Dazu gehören die Personalkosten für zusätzlich beschäftigte Klimaschutz-beauftragte sowie konkrete Klimaschutzmaßnahmen. Dieses Förderprogramm sollte unbedingt genutzt werden, um den Klimaschutz-Masterplan in Wolfsburg umzusetzen.“

Mieten in Wolfsburg – Die Fakten

Wohnungsnachfrage in Wolfsburg

Mehr als **5.000 Wohnungssuchende** allein bei Neuland, VW-Immobilien und Allertal (Stand Ende 2018)

Davon **73 %** aus **Wolfsburg**

Mehr als **5.000** Interessierte für **Baugrundstücke**

Davon **78 %** aus **Wolfsburg**

Was tut die Stadt? Für **9.000 neue Wohnungen** wurden die Planungen eingeleitet.

Der Wohnungsmarkt in Wolfsburg *

60 % Mietwohnungen

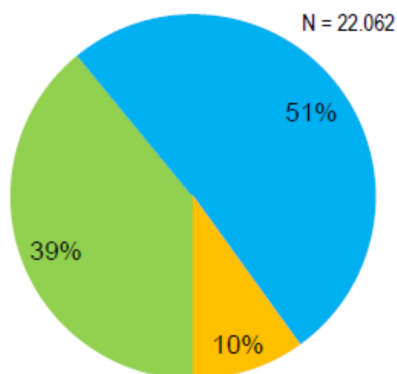
40 % selbst genutztes Wohneigentum

60 % der Mietwohnungen sind im Bestand der großen lokalen Wohnungsgesellschaften Neuland, VWI und Allertal, die sich der sozialen Wohnraumversorgung verpflichtet fühlen.

Verteilung der Miethöhen im Bestand (2017)

von Neuland, VWI und Allertal

90 % der Mieten lagen unter **7 €/qm**



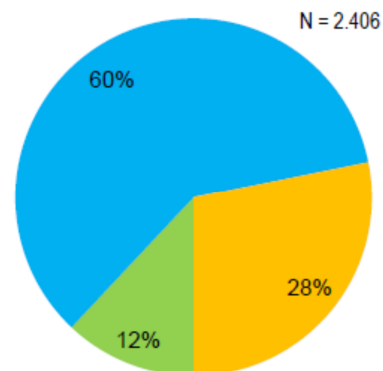
Niedrige Einkommensgrenze
bis 5,60 €/qm

Mittlere Einkommensgrenze
5,61 – 7,00 €/qm

Verteilung der Miethöhen bei Neuvermietung (2017)

von Neuland, VWI und Allertal

2.406 Wohnungen wurden für **Ø 6,85 €/qm** vermietet



Mittlere - hohe Einkommen
mehr als 7 €/qm

1.090 inserierte Wohnungen überwiegend **privater Anbieter** wurden für **Ø 8,70 €/qm** angeboten.

Presseberichte über stark steigende Mietangebote in Wolfsburg beziehen sich auf diese Angebotsmiete. Die 1090 inserierten, oft höherpreisigen Wohnungen überstrahlen die öffentliche Diskussion und zeichnen ein falsches Bild vom Mietmarkt in Wolfsburg.

Fazit und Ausblick

- ✓ Die Mieten in Wolfsburg bleiben bezahlbar. Bei **90 %** der Wohnungen liegt die Miete unter **7 €/qm**.
- ✓ Die Wohnungsbauoffensive nimmt den Preisdruck von den Mieten und sorgt dafür, dass Wohnen in Wolfsburg auch weiterhin bezahlbar bleibt.

* Quelle: Mietmarktanalyse 2018 des Referates Strategische Planung, Stadtentwicklung, Statistik der Stadt Wolfsburg

SPD fordert Projekt für den Einsatz von autarken solarbetriebenen Straßenlaternen

Die SPD unterstützt Wolfsburg auf dem Weg zur Smart City: Deshalb stellen die Sozialdemokraten jetzt den Antrag, die Verwaltung möge ein Projekt für den Einsatz von autarken solarbetriebenen Straßenlaternen durchführen. Dafür sollen aus Sicht der SPD zunächst an zwei Standorten Solar-Leuchten aufgestellt werden. „Die Standorte sollten so gewählt werden, dass sie zum Beispiel der Schulwegsicherung dienen oder zu Wohngebieten führen“, erläutert Antragsinitiator und SPD-Fraktionschef Hans-Georg Bachmann.

Verschiedene Kommunen haben nach Wissen der SPD schon damit begonnen, solche autarke solarbetriebene Straßenbeleuchtung einzusetzen. „Der Vorteil dieser Lampen ist, dass sie keine Kabelversorgung benötigen und sich darum besonders für Rad- und Fußwege und auch Parkplätze und Nebenstraßen eignen. Mittelfristig sind sie sogar kostengünstiger als herkömmliche Straßenbeleuchtung. Nach maximal zehn Jahren haben sich die Leuchten amortisiert“, rechnet Bachmann vor.

Ein weiterer positiver Aspekt ist nach Meinung der Sozialdemokraten der Wunsch der Bürger nach mehr Sicherheit im öffentlichen Raum. Denn solche autarken sprich kabellosen Leuchten könnten an dunklen und nicht gut einsehbaren, aber dennoch frequentierten Orten wie beispielsweise Parkplätzen oder Parks aufgestellt werden.

„Immer wieder werden wir von Bürgerinnen und Bürgern angesprochen, die sich über eine fehlende Beleuchtung von Wegen aus Wohngebieten zu Bushaltestellen, Parkplätzen und so weiter beklagen. Es bietet sich an, in einem Projekt solche Standorte auszuwählen und zu prüfen, ob diese völlig unabhängigen Lösungen als Alternativen für Straßenbeleuchtung geeignet sind“, sagt Bachmann.

Als einen möglichen Standort schlagen die Sozialdemokraten deshalb den Stichweg des Apfelwegs in Brackstedt vor, der von Schulkindern aus dem Wohngebiet zur Bushaltestelle genutzt wird und außerdem zu dem für das Wohngebiet ausgewiesenen Parkplatz führt. Generell halten die Sozialdemokraten die Beleuchtung von Straßen für verzichtbar und wollen zukünftig den Schwerpunkt auf die Beleuchtung von Rad- und Fußwegen legen. Bachmann: „Der Versuch ist dafür ein wichtiger Baustein.“

Ortsbürgermeister Garippo erleichtert: Endlich gilt Tempo 30 in Kästorfer Ortsdurchfahrt

KÄSTORF. Voller Erfolg für Ortsbürgermeister Francescantonio Garippo (SPD) und den Ortsrat von Kästorf/Sandkamp: Seit Mitte Mai herrscht auf der Ortsdurchfahrtsstraße „Zu den Balken“ Tempo 30. Schon im Juni hatte die SPD-Stadtratsfraktion einen Tempo-30-Prüfantrag für Ortsdurchfahrten gestellt, der im August im Bürgerdienste-Ausschuss zur Beratung vorlag. Ziel dieses Prüfantrags der Wolfsburger SPD für mehr Tempolimits ist es, Anwohner in allen Ortsteilen vor Lärm und Abgasen des Durchgangsverkehrs schützen.

„Das ist in Kästorf nun gelungen“, freut sich Garippo, der schon in der Vergangenheit von ganz vielen besorgten Kästorfer Bürgern angesprochen wurde: „Seit Jahren gab es die fruchtlosen Bemühungen des Ortsrats Kästorf-Sandkamp, den Durchgangsverkehr aus den Ortsteilen herauszuhalten. Aber Messungen boten bisher aus Sicht der Verwaltung keine Grundlage für Tempo 30. Gut, dass darüber auf Stadtebene grundsätzlich noch einmal geredet und anders entschieden wurde.“

Die Tempo-30-Zone hat aus Sicht des Ortsbürgermeisters nur Vorteile. Zum einen hofft Garippo, damit die Straße denjenigen Autofahrern zu verleiden, die diese entweder aus Gewohnheit oder als Abkürzung zum VW-Parkplatz Nord nutzen. Zum anderen hat die Verkehrsberuhigung auch eine Lärm-Minimierung zur Folge. „Lärm macht krank: Hohe Schallintensitäten und chronischer Lärmstress können zu zahlreichen Beeinträchtigungen des Menschen führen. Zum Beispiel zu Herz-Kreislaufkrankheiten und Schlafstörungen“, erklärt der SPD-Ratsherr. Auch vor diesem Hintergrund hofft er deshalb, dass die Autofahren das Tempolimit nun auch einhalten.

Impressum

Hrsg: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Wolfsburg
Goethestraße 48, 38440 Wolfsburg, ☎05361-282802

E-Mail: spd-fraktion@stadt.wolfsburg.de;

Internet: www.fraktion-spd-wolfsburg.de

ViSdP: Hans-Georg Bachmann, Fraktionsvorsitzender

Redaktion: Hedi Rehse, Fraktionsgeschäftsführerin

Die nächste Ausgabe von **Standpunkte Wolfsburg** erscheint nach der Ratssitzung am 3. Juli 2019.